Abrüsten statt weiter Aufrüsten!

Im Dezember wird im Bundestag der Bundeshaushalt 2021 verabschiedet. Nach aktuellen Planungen sollen die **Ausgaben fürs Militär** auf über **50 Milliarden Euro** steigen. In den letzten Monaten hat sich politisch und vieles in unserer Gesellschaft verändert. Nur eines ist „normal" geblieben: die Aufrüstung, der Militarismus nach Innen und Außen. Das Ziel 2 % des Bruttosozialprodukts (BIP) für Rüstung und Militär auszugeben, steht weiter fest auf der politischen Agenda der übergroßen Mehrheit des Bundestages. Das heißt mindestens 80 Milliarden Euro für Krieg und Profite der Rüstungsindustrie. Wir können und wollen dieses nicht akzeptieren.

Wir – „der kleine Mann, die kleine Frau“ fordern deshalb von den Bundestagsabgeordneten: Übernehmen Sie Verantwortung für die jetzige und künftige Generationen und setzen Sie sich für die Reduzierung von Rüstungsausgaben, für ein Rüstungsexportkontrollgesetz, für vertrauensbildende Maßnahmen, Rüstungsreduzierung und Abrüstungsabkommen (z. B. INF-Vertrag), sowie den sozial- und klimagerechten Umbau der Wirtschaft ein.

Sie – die Sie diesen Text lesen – unterstützen Sie uns und fordern Sie von „Ihrer“, „Ihrem“ Abgeordnete/n sich ganz konkret für die folgenden Forderungen einzusetzen.

Waffen- und Munitionsexporte verbieten
Stopp der Rüstungsexporte an Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate und Ägypten, die Waffen aus Deutschland im Jemenkrieg (auch gegen die Zivilbevölkerung) einsetzten und eine humanitäre Katastrophe ausgelöst und Kriegsverbrechen begangen haben. Keine Waffen in die Türkei, die das Völkerrecht und die Menschenrechte verletzt. Der SPD-Politiker Rolf Mützenich hat von der Bundesregierung ein Ende der „nuklearen Teilhabe“ gefordert. D. h. er will, dass Kampfflugzeuge der Bundeswehr nicht weiter für den Einsatz von Atomwaffen zur Verfügung stehen. Die Bundeswehr soll den Einsatz der US-amerikanischen Atombomben nicht länger üben. Das würde die Beschaffung von neuen Atombombern bei US-amerikanischen und europäischen Rüstungskonzernen erübrigen.

Kampf dem Atomtod - Für den Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag (AVV)
Kein Mensch braucht Atomwaffen, höchstens die Eigentümer und Aktionär*innen der Rüstungsfirmen. Auch die Menschen in den 122 UNO-Staaten brauchen sie nicht, deren Regierungen Mut, Weitsicht und Verantwortungsbewusstsein gezeigt haben, indem sie den UN-Atomwaffenverbotsvertrag (AVV) beschlossen haben. Nachdem den Vertrag nun auch schon 50 Staaten ratifiziert haben, tritt er am 22. Januar 2021 in Kraft und ächtet Atomwaffen genauso wie chemische und biologische Waffen. Deutschland muss dem AVV beitreten und die Atomwaffen-Staaten unter Druck setzen, über atomare Abrüstung zu verhandeln.

Rüstung tötet täglich! Viren können nicht mit Waffen und Soldaten bekämpft werden
Die mit den Auseinandersetzungen zwischen den Großmächten und in weltweiten kriegerischen Konflikten verbundene Bedrohung durch Aufrüstung, die damit verbundene Umweltzerstörung endlicher Ressourcen und aufkommende Verteilungskämpfe im Zusammenhang mit dem Klimawandel verhindern die Chancen für eine gerechte globale Friedenssicherung. Mit der gegenwärtig vorherrschenden militärischen „Sicherheits“-logik ist eine faire Lösung der globalen Probleme, die durch die Covid-19-Pandemie verschärft wurden, nicht möglich.

Sicherheit neu denken! Die machbare zivile Alternative zu Aufrüstung

Die Forderung nach Abrüstung allein genügt nicht. Wir brauchen neue Konzepte für internationale Gerechtigkeit und Sicherheit. Deshalb hat die von der evangelischen Landeskirche in Baden ausgehende Initiative „Sicherheit neu denken“ ein realistisches Szenario entwickelt wie die Bundesrepublik in vielen konkreten Teilschritten ihre bisherige militärische „Sicherheits“politik bis zum Jahr 2040 in Kooperation mit anderen Ländern komplett auf eine nachhaltige zivile Sicherheitspolitik umstellen kann. Zentrale Pfeiler einer zivilen Sicherheitspolitik sind: Gerechte Außenbeziehungen, Nachhaltige Entwicklung der EU-Anrainerstaaten, Teilhabe an der internationalen Sicherheitsarchitektur, resiliente Demokratie, sowie die Konversion der Bundeswehr und der Rüstungsindustrie. Explizit beschreibt das Szenario die Entzauberung des Mythos der Wirksamkeit von Gewalt; so zeigten Ergebnisse der Studien der amerikanischen Sozialwissenschaftlerinnen Erica Chenoweth und Maria J. Stephan, dass gewaltfreie Aufstände fast doppelt so wirksam sind wie gewaltsame Aufstände.

Die Initiative „Sicherheit neu denken“ arbeitet im Expertengremium des vom Ältestenrat des Deutschen Bundestag eingesetzten Bürgerrat „Deutschlands Rolle in der Welt“ mit, der ab Anfang 2021 konkrete handlungs- und politikleitende Empfehlungen an die Politik erarbeitet.

Informieren Sie sich weiter:

*Zur geplanten **Aufrüstung** und zum **Frankfurter Appell “Abrüsten statt aufrüsten“**: www.abruesten.jetzt*
*Zum **Atomwaffenverbotsvertrag**: www.icanw.de*
*Zur Initiative **„Sicherheit neu denken“**: www.sicherheitneudenken.de*
*Zur **Deutschen Friedensgesellschaft Vereinigte Kriegsdienstgegner*innen**: www.dfg-vk.de*
***Regionale Infos**: www.friedensbuendnis-ka.de, www.friedensdenkmal-karlsruhe.de und www.klimabuendnis-karlsruhe.de*

aus der Süddeutschen Zeitung vom 15. November 2020:

Heribert Prantl: Der Anfang einer neuen Friedensbewegung?
„Derzeit redet alle Welt von einem Impfstoff gegen Corona. Vielleicht sind Initiativen wie "Abrüsten statt Aufrüsten" ein Impfstoff für den Frieden.“

V.i.S.d.P.: Sonnhild Thiel, Mitarbeiterin im Friedensbündnis Karlsruhe und Sprecherin der Gruppe Karlsruhe der DFG-VK
Deutsche Friedensgesellschaft- Vereinigte Kriegsdienstgegner*innen
Alberichstr. 9, 76185 Karlsruhe, dfg-vk.karlsruhe@posteo.de

DFG-VK
Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen

Friedensbündnis Karlsruhe